Wahlordnung der Technischen Hochschule Darmstadt
(WOTHD)

§ 1

Geltungsbereich

Diese Wahlordnung gilt für die Wahlen

- a) zum Konvent
- b) zu den Fachbereichsräten (FBR)
- c) zum Senat
- d) zu den Ständigen Ausschüssen
- e) den Fachbereichsausschüssen

I. Wahlen zum Konvent

§ 2

Wahlverfahren, allgemeine Bestimmungen

(1) Die Mitglieder des Konvents werden in getrennten Wahlgängen (Gruppenwahl) unmittelbar in freier, gleicher und geheimer Wahl und, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nach den Grundsätzen der personalisierten Verhältniswahl (Listenwahl) gewählt. Die Wahl wird grundsätzlich als Briefwahl durchgeführt (HHG § 15 Abs.1).

(2) Die in dieser Wahlordnung vorgesehenen Fristen enden jeweils um 16.00 Uhr des Ablauftages. Fällt der letzte Tag einer Frist auf einen Samstag oder gesetzlichen Feiertag, so endet die Frist am nächsten Werktag.

(3) Arbeitstage sind die Werktage mit Ausnahme des Samstags.

(4) Die Wahlen werden an nicht vorlesungsfreien Arbeitstagen durchgeführt.

§ 3

Wahlorgane

(1) Wahlorgane sind:

- 1. der Wahlvorstand,
- 2. der Kanzler als Wahlleiter

Die Wahl wird gemäß § 15 Abs.1 HHG als Briefwahl durchgeführt, jedoch mit nachfolgender Urnenwahl

(2) Im Falle der Verhinderung des Kanzlers bestellt der Präsident den Wahlleiter; der Wahlleiter muß die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst haben.

(3) Der Wahlvorstand kann zur Durchführung der Wahlhandlung Wahlausschüsse bilden (§ 7).

(4) Wahlvorstand und Wahlleiter können zur Erfüllung ihrer Aufgaben Hilfspersonen heranziehen (Wahlhelfer).

(5) Die Tätigkeit im Wahlvorstand und in den Wahlausschüssen ist ehrenamtlich. Die Mitglieder des Wahlvorstandes und der Wahlausschüsse sowie die Wahlhelfer sind zur unparteiischen und gewissenhaften Erfüllung ihrer Aufgaben verpflichtet.

(6) Wahlbewerber und Vertrauensmänner für Wahlvorschläge dürfen nicht dem Wahlvorstand angehören.

(7) Zur Teilnahme an der Wahlhandlung und zur Mitarbeit im Wahlvorstand und in den Wahlausschüssen ist in angemessenem Umfang Dienstbefreiung zu gewähren.

§ 4

Wahlvorstand

(1) Der Wahlvorstand hat vier Mitglieder.

(2) Dem Wahlvorstand gehört je ein Vertreter der im Konvent vertretenen Gruppen an (§ 14 Abs. 2 HUG).

(3) Die Mitglieder des Wahlvorstandes werden von den Vertretern ihrer Gruppe im Konvent jeweils zu Beginn des Wintersemesters dem Konventsvorstand benannt. Für jedes Mitglied ist zugleich ein Stellvertreter zu benennen.

(4) Benennt eine Gruppe die von ihr zu entsendenden Mitglieder des Wahlvorstandes nicht oder nicht rechtzeitig, werden die fehlenden Mitglieder des Wahlvorstandes und ihre Vertreter vom Konventsvorstand benannt. Die nach Satz 1 Benannten müssen nicht der Gruppe angehören, die von ihrem Entsendungsrecht in den Wahlvorstand keinen Gebrauch gemacht hat.

(5) Scheidet ein Mitglied des Wahlvorstandes oder ein Vertreter vorzeitig aus, gilt Abs. 4 entsprechend.

(6) Die Amtszeit des Wahlvorstandes beträgt ein Jahr: Sie beginnt mit dem auf die Benennung folgenden Sommersemester.

(7) Der Wahlvorstand wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und einen Schriftführer. Bei Stimmgleichheit entscheidet das vom jüngsten Mitglied zu ziehende Los.

(8) Der Wahlvorstand ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind. Er entscheidet mit einfacher Mehrheit der Anwesenden.

(9) Soweit diese Wahlordnung nichts anderes bestimmt, richtet sich das Verfahren des Wahlvorstandes nach den §§ 13 Abs. 1 und 14 Abs. 1 HHG.

§ 5

Aufgaben des Wahlvorstandes

(1) Der Wahlvorstand ist für die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Wahl

verantwortlich (§ 16 Abs. 5 Satz 2 HHG).

Die Aufgaben des Wahlleiters bleiben unberührt.

(2) Der Wahlvorstand nimmt die ihm durch diese Wahlordnung übertragenen Aufgaben wahr. Er beschließt über die Regelung von Einzelheiten der Wahldurchführung.

(3) Der Wahlvorstand beschließt insbesondere über

1. die Bestimmung des Wahltermins und der Wahllokale,
2. den Termin zur Einreichung der Vorschlagslisten,
3. die Bildung von Stimmbezirken,
4. die Prüfung, Zulassung und Bekanntmachung der Vorschlagslisten,
5. Einzelheiten der Offenlegung des Wählerverzeichnisses,
6. Berichtigung des Wählerverzeichnisses,
7. die Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses,
8. die Zuteilung der Sitze,
9. Wahlanfechtungen.

(4) Zu den Beschlüssen nach Abs. 3 Nr. 1, 2 und 5 ist die Zustimmung des Wahlleiters erforderlich.

(5) Verhandlungen des Wahlvorstandes sind im Rahmen des verfügbaren Sitzungsraumes öffentlich, § 9 Abs. 4 HUG gilt entsprechend. Für die Auszählung der Stimmen kann die Öffentlichkeit auch ausgeschlossen werden, wenn dies aus technischen Gründen oder zur Wahrung des Wahlheimnisses geboten ist.

(6) Beschlüsse des Wahlvorstandes sind durch Aushang und gegebenenfalls auf andere Weise universitätsöffentlich bekanntzumachen.

§ 6

Aufgaben des Wahlleiters

(1) Der Wahlleiter ist für die technische Vorbereitung der Wahlen verantwortlich (§ 16 Abs. 1 HUG). Hierzu steht ihm das Wahlamt zur Verfügung.

(2) Er sorgt insbesondere für die Erstellung des Wählerverzeichnisses, den Druck der Wahlbekanntmachung und der Stimmzettel sowie für die Übersendung der Unterlagen für die Briefwahl.

§ 7

Aufgaben der Wahlausschüsse

Die Wahlausschüsse sorgen für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahl in ihrem Stimmbezirk nach Weisung des Wahlvorstandes. Die Mitglieder der Wahlausschüsse werden vom Wahlvorstand eingesetzt.

§ 8

Wahlberechtigung (Aktives Wahlrecht)

(1) Wahlberechtigt sind die einer Gruppe zugehörigen Mitglieder der Hochschule (§ 4 Abs. 1 Nr. 2 bis 7 HUG):

1. die Professoren,
2. die wissenschaftlichen Mitarbeiter (Hochschulassistenten, wissenschaftliche oder künstlerische Mitarbeiter sowie die Lehrkräfte für besondere Aufgaben),
3. die Studenten,
4. die sonstigen Mitarbeiter

soweit sie zu Nr. 2 und 4 hauptberuflich an der Hochschule tätig sind. Als hauptberuflich gilt die Tätigkeit, die mindestens die Hälfte der tarifrechtlich oder dienstrechtlich vorgesehenen Arbeitszeit umfaßt.

(2) Entpflichtete oder im Ruhestand befindliche Professoren, die mit der Vertretung ihrer Professur beauftragt sind, üben das Wahlrecht in der Gruppe der Professoren aus.

(3) Zu den Wahlberechtigten gehören auch die bereits berufenen und bis zu ihrer Einstellung mit der Vertretung ihrer künftigen Professorenstelle beauftragten Personen.

(4) Wer in mehreren der in Abs. 1 aufgezählten Gruppen wahlberechtigt wäre, übt sein Wahlrecht in der Gruppe aus, die in der Aufzählung in Abs. 1 von den in Frage kommenden Gruppen durch die jeweils niedrigste Zahl bestimmt ist.

(5) Das aktive Wahlrecht derjenigen Wahlberechtigten, die für das Semester beurlaubt sind, in dem die Wahl stattfindet, ruht. Auf besonderen, bis drei Wochen vor der Wahl beim Wahlvorstand zu stellenden Antrag kann der Wahlberechtigte an der Wahl teilnehmen und ist in das Wählerverzeichnis einzutragen.

§ 9

Wählbarkeit (Passives Wahlrecht)

(1) Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die der Universität im Zeitpunkt der Wahl mindestens sechs Monate angehören.

(2) Für Studenten gilt diese Voraussetzung als erfüllt, wenn sie im vorhergehenden Semester an der Universität ordnungsgemäß immatrikuliert waren, und zwar ohne Rücksicht auf das Datum, an dem die Immatrikulation oder Rückmeldung im einzelnen erfolgt ist.

Drittmittelbedienstete

Drittmittelbedienstete sind gem. § 33 Abs. 4 I mindestens mitgliedschaftsrechtlich dem Personal der Hochschule gleichgestellt und besitzen damit, wie die übrigen Hochschulbediensteten, das aktive und das passive Wahlrecht.

Wählerverzeichnis

(1) Die Ausübung des Wahlrechts setzt die Eintragung in das Wählerverzeichnis voraus (§ 16 Abs. 1 HMG). Das Wählerverzeichnis gliedert sich entsprechend § 4 Abs. 2 HUG in 4 Gruppen:

- Gruppe I = Professoren
- Gruppe II = wissenschaftliche Mitarbeiter
- Gruppe III = Studenten
- Gruppe IV = sonstige Mitarbeiter

(2) Das Wählerverzeichnis wird drei Wochen vor dem Wahltermin geschlossen. Es muß an mindestens fünf nicht vorlesungsfreien Arbeitstagen vor der Schließung offen-gelegen haben.

(3) Der Wahltermin ist so zu bestimmen, daß zwischen dem letzten Tag der Rückmeldung für Studenten und dem Tag, an dem das Wählerverzeichnis geschlossen wird, mindestens fünf Arbeitstage liegen.

(4) Die Eintragung eines Studenten in das Wählerverzeichnis findet im Falle einer nachträglichen Immatrikulation oder Rückmeldung nach Ablauf des letzten Tages der allgemeinen Rückmeldefrist nicht mehr statt. Gleichfalls wird ein Professor, ein wissenschaftlicher Mitarbeiter oder ein sonstiger Mitarbeiter nicht mehr in das Wählerverzeichnis aufgenommen, wenn seine Einstellung, Anstellung oder Ernennung nach dem in Satz 1 genannten Zeitpunkt erfolgt.

Ändert sich die Zugehörigkeit eines Wahlberechtigten zu einer Gruppe nach dem in diesem Absatz genannten Zeitpunkt, so kann bis zum dritten Tag vor der Wahl auf Beschluß des Wahlvorstandes das Wählerverzeichnis berichtigt werden. Ansonsten übt er das Wahlrecht in der Gruppe aus, der er seither angehörte.

(5) Das Wählerverzeichnis muß durch Beschluß des Wahlvorstandes neu eröffnet und zu dem vom Wahlvorstand zu bestimmenden Termin erneut geschlossen werden, wenn der Wahltermin verschoben oder die Wahl wiederholt wird.

(6) Gegen die Nichteintragung oder die Eintragung einer falschen Gruppenzugehörigkeit eines Wahlberechtigten in das Wählerverzeichnis kann von diesem während der Offenlegung des Wählerverzeichnisses Widerspruch beim Wahlvorstand eingelegt werden. Gibt der Wahlvorstand dem Widerspruch statt, wird das Wählerverzeichnis berichtigt.

(7) Gegen die Eintragung einer Person in das Wählerverzeichnis, die nicht wahlberechtigt ist, kann von jedem Wahlberechtigten während der Offenlegung des Wählerverzeichnisses Widerspruch beim Wahlvorstand eingelegt werden. Der Eingetragene soll dazu gehört werden. Beschließt der Wahlvorstand die Streichung des Eingetragenen aus dem Wählerverzeichnis, ist dieser unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen, sofern er nicht inzwischen aus seinem Dienstverhältnis an der THD ausgeschieden ist. Er kann binnen einer Ausschußfrist von drei Tagen nach der Beschlußfassung des Wahlvorstandes Widerspruch beim Wahlvorstand einlegen. Abs. 6 Satz 2 gilt entsprechend.

(8) Wird der Widerspruch zurückgewiesen, kann der Betroffene dagegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts herbeiführen.

(9) Nach Schließung des Wählerverzeichnisses bedarf die Berichtigung offensichtlicher Fehler, Unstimmigkeiten oder Schreibversehen von Amts wegen eines Beschlusses des Wahlvorstandes.

§ 12

Verfahren zur Aufstellung des Wählerverzeichnisses

(1) Der Wahlleiter entscheidet - nach Bildung des Wahlvorstandes in Benehmen mit diesem - in welcher Weise die Eintragung in das Wählerverzeichnis für Studenten zu bewirken ist. Er kann dazu

anordnen, daß die Formulare bei der Immatrikulation oder Rückmeldung entsprechend zu ergänzen sind. Dies gilt auch für die Benachrichtigung der Studenten von ihrer Eintragung in das Wählerverzeichnis.

(2) Die Eintragung der Mitglieder der anderen Gruppen in das Wählerverzeichnis erfolgt aufgrund der in der Hochschule vorhandenen Personalunterlagen. Die Benachrichtigungen können über die Hochschuleinrichtungen verteilt oder mit der Post übersandt werden.

(3) Das Wählerverzeichnis muß den Namen, den Vornamen und die Dienststelle oder Einrichtung (FEFG) des Bediensteten bzw. die Matrikel-Nummer des Studenten enthalten.

§ 13

Zustellungen an Wahlberechtigte

(1) Die Wahlorgane genügen der von ihnen zu fordernden Sorgfalt, wenn sie Wahlbenachrichtigungen, Wahlunterlagen oder sonstige individuelle Mitteilungen an Wahlberechtigte an die Anschrift absenden, die aus dem Wählerverzeichnis oder aus den in der Hochschule vorhandenen Personalunterlagen ersichtlich ist.

(2) Es ist Sache des Wahlberechtigten, die Wahlorgane von Änderungen der Anschrift zu benachrichtigen. Die Wahlorgane und ihre Hilfskräfte sind nicht verpflichtet, Nachforschungen zur Ermittlung der richtigen Anschrift einzuleiten, falls Postsendungen als unzustellbar zurückkommen. Sie sollen Nachforschungen anstellen, soweit dies ohne Vernachlässigung anderer Aufgaben möglich erscheint.

§ 14

Vorschlagslisten

(1) Jede Vorschlagsliste kann beliebig viele Bewerber enthalten. Sie soll nach Möglichkeit nicht weniger als fünf Bewerber aufweisen.

(2) In einer Vorschlagsliste können jeweils nur Bewerber aus einer Gruppe (§ 4 Abs. 2 HUG) benannt werden. Bewerber, die in der jeweiligen Gruppe nicht wählbar sind, werden durch Beschluß des Wahlvorstandes von der Vorschlagsliste gestrichen.

(3) Die Vorschlagsliste muß den Namen und Vornamen des Bewerbers, sein Geburtsdatum und die Dienststelle oder den Fachbereich enthalten, in der er tätig ist oder studiert. Bei Studenten ist ferner die Matrikelnummer anzugeben.

(4) Mit der Vorschlagsliste ist die schriftliche Einverständniserklärung der in ihr genannten Bewerber zur Kandidatur auf diesem Wahlvorschlag vorzulegen. Die Benennung eines Bewerbers ohne Einverständniserklärung ist unzulässig.

(5) Ein Bewerber darf nur auf einer Vorschlagsliste genannt werden. Wird ein Bewerber mit seinem Einverständnis auf mehreren Listen genannt, ist er durch Beschluß des Wahlvorstandes auf allen zu streichen.

(6) Eine Vorschlagsliste wird nur zugelassen, wenn sie von mindestens fünf Personen unterstützt wird, die in der jeweiligen Gruppe wahlberechtigt sind. Der Wahlbewerber kann die Vorschlagsliste, auf der er kandidiert, auch selbst unterstützen; eine andere Liste kann er nicht unterstützen. Sind in einer Gruppe weniger als zehn Personen wahlberechtigt, ist eine Unterstützung nicht erforderlich. Wer einen Wahlvorschlag nach Satz 1 unterstützt, hat dabei zu seiner Person dieselben Angaben zu machen, die von Wahlbewerbern nach Abs. 3 gefordert werden.

(7) Ein Wahlberechtigter kann nur eine Vorschlagsliste im Sinne von Abs. 6 unterstützen; hat jemand mehrere Vorschlagslisten unterzeichnet, ist seine Unterschrift auf allen Vorschlagslisten ungültig.

(8) Eine Vorschlagsliste, die bei ihrer Einreichung im Sinne von Abs. 6 ausreichend unterstützt war, ist auch dann zugelassen, wenn Unterzeichner der Vorschlagsliste später erklären, daß sie diesen Wahlvorschlag nicht länger unterstützen.

(9) Um die Bearbeitung von Rückfragen des Wahlvorstandes und die Klärung von Zweifelsfragen zu erleichtern, soll in jedem Wahlvorschlag ein Vertrauensmann unter Angabe seiner Anschrift und möglichst auch seines Fernsprechanchlusses benannt werden. Falls keine besondere Benennung erfolgt, gilt

der auf dem ersten Platz der Vorschlagsliste genannte Bewerber als Vertrauensmann des Wahlvorschlags. Der Vertrauensmann ist zur Abgabe und zum Empfang von Erklärungen gegenüber dem Wahlvorstand und dem Wahlleiter bevollmächtigt. Die Wahlorgane können jedoch in allen Fällen auch unmittelbare Erklärungen von den Bewerbern entgegennehmen und ihnen gegenüber abgeben.

(10) Für die Vorschlagslisten, Einverständniserklärungen und Unterstützerlisten sind Vordrucke des Wahlamtes zu verwenden. Alle Angaben sollen mit Schreibmaschine eingetragen werden.

§ 15

Prüfung der Vorschlagslisten

(1) Die Vorschlagslisten sind innerhalb der vom Wahlvorstand bestimmten Fristen (§ 5 Abs. 3 Nr. 2) beim Wahlamt einzureichen. Das Wahlamt vermerkt auf jeder eingereichten Vorschlagsliste Tag und Uhrzeit des Eingangs, prüft die Vorschlagslisten auf ihre äußere Ordnungsmäßigkeit und Vollständigkeit und weist gegebenenfalls auf Mängel hin. Bis zum Ablauf der nach § 5 Abs. 3 Nr. 2 bestimmten Frist können Vorschlagslisten zurückgenommen, geändert oder ergänzt werden (§ 14 Abs. 9). Die Mitglieder des Wahlvorstandes können während der Dienstzeit jederzeit beim Wahlamt Einblick in eingereichte Vorschlagslisten nehmen.

(2) Unverzüglich nach Ablauf der in § 5 Abs. 3 Nr. 2 genannten Frist tritt der Wahlvorstand zusammen, um die Vorschlagslisten zu prüfen und über ihre Zulassung zu entscheiden; hierzu sind die Vertrauensmänner der Listen einzuladen. Der Wahlvorstand kann die Listen bereits nach ihrem Eingang prüfen und die Vertrauensmänner auf Mängel hinweisen.

(3) Wahlvorschläge, die verspätet eingereicht werden, oder den durch diese Wahlordnung aufgestellten Anforderungen nicht genügen, sind nicht zuzulassen.

(4) Der Wahlvorstand benachrichtigt unverzüglich die Vertrauensleute der nicht zugelassenen Wahlvorschläge unter Angabe der Gründe, aus denen die Zulassung versagt wurde.

(5) Gegen die Nichtzulassung eines Wahlvorschlages kann binnen einer Ausschlußfrist von drei Tagen Widerspruch beim Wahlvorstand eingelegt werden. Die Frist beginnt mit der Verkündung der Entscheidung des Wahlvorstandes.

(6) Abs. 4 und 5 gelten entsprechend, wenn der Wahlvorstand einzelne Bewerber von der Vorschlagsliste streicht, diese im übrigen aber zuläßt.

(7) Die Reihenfolge der Listen wird durch das vom Vorsitzenden des Wahlvorstandes zu ziehende Los bestimmt.

§ 16

Persönlichkeitswahl

(1) Wird für die Wahl aus einer Gruppe nur eine Liste eingereicht, so wird die Wahl als Persönlichkeitswahl durchgeführt. In diesem Falle werden sämtliche Kandidaten der Liste auf dem Stimmzettel aufgeführt. Jeder Wahlberechtigte kann so viele Kandidaten ankreuzen, wie Sitze zur Verteilung anstehen. Stimmenhäufung ist unzulässig.

§ 17

Wahlunterlagen

(1) Jeder Wahlberechtigte erhält die Benachrichtigung über seine Eintragung in das Wählerverzeichnis (§ 16 Abs.4 HHG).

(2) Die Wahlunterlagen für die verschiedenen Gruppen der Wahlberechtigten sollen durch die Verwendung verschiedener Farben oder verschiedenfarbiger Aufdrucke unterscheidbar sein.

(3) Soweit Wahlvorstand und Wahlleiter es für erforderlich halten, kann den Wahlunterlagen ein Merkblatt beigefügt werden, das den Wahlberechtigten über Einzelheiten näher unterrichtet.

(4) Im übrigen sind der Wahltermin, die Besonderheiten des Wahlverfahrens und die Art der Bekanntmachung von Entscheidungen

des Wahlvorstandes durch den Aushang einer gedruckten Wahlbekanntmachung an geeigneten Stellen der Hochschule rechtzeitig bekanntzumachen. Außerdem sind die Bekanntmachungen beim Wahlamt offenzulegen. Die Wahlbekanntmachung soll auch auf die voraussichtlichen Sitzungstermine und Sitzungsräume sowie die Geschäftsräume des Wahlvorstandes hinweisen.

§ 18

Ausgestaltung der Formulare

(1) Soweit im folgenden nichts Näheres bestimmt ist, entscheidet der Wahlvorstand über die äußere Gestaltung der Wahlunterlagen.

(2) Für jede Gruppe (§ 8 Abs.1) werden besondere Stimmzettel hergestellt. Auf dem Stimmzettel sind die Vorschlagslisten jeweils in der Reihenfolge der Losnummern (§ 15 Abs. 7) unter Angabe von Name, Vorname, Dienststelle oder Fachbereich der an erster bis dritter Stelle genannten Bewerber aufzuführen. Bei Listen, die mit einem Kennwort versehen sind, ist auch das Kennwort anzugeben.

§ 19

Verlust von Wahlunterlagen

(1) Verschriebene oder unbrauchbar gewordene Stimmzettel oder Wahlumschläge sind nur gegen Rückgabe zu ersetzen.

§ 20

Briefwahl

(1) Die Briefwahlunterlagen

- a) 1 Wahlschein mit anhängender "Erklärung zur Briefwahl"
- b) 1 Stimmzettel je Wahl
- c) 1 Wahlumschlag (farbig, für alle Stimmzettel)
- d) 1 Wahlbriefumschlag (weiß)

werden jedem Wahlberechtigten - ohne Antrag - rechtzeitig vor der Wahl zugesandt bzw. ausgehändigt.

(2) Der Wahlberechtigte kennzeichnet persönlich und unbeobachtet seinen Stimmzettel, legt ihn in den farbigen Wahlumschlag und verschließt diesen durch Zukleben. Er unterschreibt mit

Ortsangabe und Datum die auf dem Wahlschein aufgedruckte Erklärung und steckt den Wahlschein mit dieser Erklärung und den verschlossenen Wahlumschlag in den Wahlbriefumschlag. Den verschlossenen Wahlbrief gibt er zur Post oder wirft ihn in einen in den beiden Menseen, im Audi-max und im Wahlamt aufgestellten Wahlbriefkasten.

(3) Für die Briefwahl gilt die Stimmabgabe als rechtzeitig erfolgt, wenn der Wahlbrief bis zum Ablauf der für Briefwahl festgesetzten Zeit

a) dem Wahlamt durch die Post zugegangen ist oder

b) in einen der nach Abs. 2 aufgestellten Wahlbriefkasten eingeworfen worden ist.

Es gilt nicht die Aufgabezeit bei der Bundespost.

(4) Die beim Wahlamt eintreffenden Wahlbriefe sind bis zur Auszählung ungeöffnet und sicher aufzubewahren. Zwei Tage vor Ablauf der Briefwahl können die Wahlbriefe in Anwesenheit von 2 Mitgliedern des Wahlvorstandes geöffnet werden. Ist der unterschriebene Wahlschein und der verschlossene Wahlumschlag vorhanden, wird die rechtswirksame Wahlbeteiligung durch Abhaken im Wählerverzeichnis registriert und der ungeöffnete Wahlumschlag sofort in eine verschlossene Wahlurne geworfen, wo er bis zur Auszählung aller Stimmzettel aufbewahrt wird. Wahlbriefe, die den verschlossenen Wahlumschlag und den Wahlschein mit unterschriebener Wählerklärung nicht enthalten, gelten nicht als Stimmabgabe; sie sind der Wahl Niederschrift beizufügen. Die leeren Wahlbriefumschläge sind gebündelt zu 50 oder 100 Stck. aufzubewahren.

(5) Auf den verspätet eintreffenden Wahlbriefen vermerkt der Leiter des Wahlamtes unter Beifügung seines Handzeichens Tag und Uhrzeit des Eintreffens und verwahrt sie ungeöffnet mindestens 6 Wochen.

§ 20 a

Urnenwahl

(1) Allen Wahlberechtigten, die sich nicht an der Briefwahl beteiligen wollen, wird in den beiden nächsten Arbeitstagen nach der Briefwahl

jeweils von 9.00 bis 16.00 Uhr Gelegenheit gegeben, an der Urne zu wählen, und zwar

- a) im Auditorium maximum
für FB 1-6, 8, 13, 14, 16-20, Verw.
- b) in der Mensa auf der Lichtwiese
für FB 7, 9-12 und 15.

(2) Zur Urnenwahl hat der Wahlberechtigte die ihm zugesandten Wahlunterlagen mitzubringen und sich durch Personalausweis oder Reisepaß auszuweisen.

(3) Zur unbeobachteten Stimmabgabe (Ankreuzen des Stimmzettels) ist eine der aufgestellten Wahlkabinen aufzusuchen.

(4) Vor Einwurf des Wahlumschlages in die Urne ist der Wähler im Wählerverzeichnis abzuhaken und der Wahlschein dem Wählerverzeichnis beizufügen.

§ 21

Auszählung

(1) Nach Schluß der Wahl erfolgt die Auszählung der Stimmen. Soweit der Wahlvorstand nicht anders beschließt, erfolgt die öffentliche Auszählung der Stimmen und die Feststellung des Wahlergebnisses im Auditorium maximum.

(2) Für die Auszählung werden die einzelnen Fachbereiche je nach Größe an Zählischen zusammengefaßt. Jeder Zählisch ist mit mindestens 4 Wahlhelfern (Zählern) zu besetzen. Sie werden auf Weisung des Wahlvorstandes tätig und sind für die ordentliche Auszählung verantwortlich. Durch ihre Unterschrift auf den Zählpapieren bestätigen sie die Richtigkeit ihrer Zählung. Personen, die nicht mit der Auszählung beauftragt sind, ist der unmittelbare Aufenthalt an den Zähl- und Vorstandstischen nicht gestattet.

(3) Findet neben der Briefwahl auch eine Urnenwahl statt, wird nur gemeinsam ausgezählt. Die verschlossenen Behältnisse zur Aufbewahrung der Briefwahl und gegebenenfalls der Urnenwahl werden vom Wahlamt zum Auditorium maximum gebracht und auf die einzelnen Zählische verteilt. (Auf - - - -)

(3) Auf Anweisung des Wahlvorstandes werden die Urnen geöffnet und ihr Inhalt wird auf die Zählische entleert. Die Wahlumschläge werden gezählt,

die Zahl der Wahlumschläge wird mit der zuvor festgestellten Zahl der nach dem Wählerverzeichnis abgehakten Stimmen (Haken) verglichen. Stimmen beide Zahlen nicht überein, ist nochmals zu zählen. Das dann festgestellte Ergebnis ist, wie alle nachfolgenden Feststellungen, in das Zählprotokoll einzutragen.

(4) Die Wahlumschläge werden geöffnet und die Stimmzettel herausgenommen und nach den einzelnen Wahlgängen (Konvent, Fachbereichsrat, Stupa, Fachschaft) geordnet und das weitere Zählverfahren in dieser Reihenfolge abgewickelt.

(5) Leere Wahlbriefe gelten nicht als Stimmabgabe; sie werden gesondert verwahrt und sind dem Wahlvorstand als Anlage zur Wahlniederschrift zu übergeben. Leere Wahlumschläge oder Wahlumschläge, die bei gemeinsamen Wahlen nicht alle Stimmzettel enthalten, sind mit einem entsprechenden Vermerk zu versehen und gesammelt dem Wahlvorstand als Anlage zur Wahlniederschrift zu übergeben.

(6) Leere Wahlumschläge sind von der Zahl der Wähler nach dem Wählerverzeichnis abzusetzen. Ebenso ist für die betreffende Wahl zu verfahren, wenn ein Stimmzettel dazu im Wahlumschlag nicht vorhanden ist.

(7) Ungültig sind Stimmzettel:

1. die nicht in einem amtlichen Wahlumschlag abgegeben sind,
2. die als nicht amtlich erkennbar sind,
3. die nicht gekennzeichnet sind,
4. aus denen sich der Wille des Wählers nicht zweifelsfrei ergibt,
5. die einen Zusatz oder einen Vorbehalt, gleich welcher Art, enthalten.

(8) Mehrere in einem Wahlumschlag zur gleichen Wahl enthaltene Stimmzettel, die gleich lauten, werden als eine Stimme gezählt. Sind sie unterschiedlich gekennzeichnet, ist die Stimmabgabe ungültig. Stimmzettel, die zu Zweifeln Anlaß geben, sind mit dem Zählbezirk und mit fortlaufender Nummer zu versehen und dem Wahlvorstand zur Beschlußfassung über deren Gültigkeit oder Ungültigkeit zu übergeben.

(9) Die bei Verhältnis/Listenwahl auf jede Vorschlagsliste und die bei Persönlichkeitswahl auf den einzelnen Kandidaten entfallenen gültigen Stimmen werden, unabhängig voneinander, von zwei Wahlhelfern mittels Strichliste ermittelt. Die von den Zählern unterzeichneten Strichlisten sind vom Wahlvorstand der Wahlniederschrift beizufügen.

Feststellung des Wahlergebnisses

(1) Der Wahlvorstand prüft gegebenenfalls die Wahlniederschriften der Wahlausschüsse, entscheidet über Zweifelsfälle und stellt das Wahlergebnis fest:

- a) Zahl der Wahlberechtigten,
- b) Wähler nach dem Wählerverzeichnis,
- c) Zahl der Wahlumschläge,
- d) Zahl der Stimmzettel,
- e) Wahlbeteiligung in Prozenten,
- f) Stimmabgabe gültig,
- g) Stimmabgabe ungültig,
- g) Zahl der auf die einzelnen Listen bzw. Kandidaten entfallenen Stimmen.

Zuteilung der Mandate

(1) Bei Listenwahl erfolgt die Zuteilung der Mandate an die einzelnen Listen nach dem Höchstzahlverfahren (d'Hondt). Dazu werden die Stimmzahlen, die die einzelnen Vorschlagslisten erhalten haben, solange durch 1, 2, 3 usw. geteilt, bis soviele Höchstzahlen ermittelt, wie Sitze in der jeweiligen Gruppe zuzuteilen sind. Sind zwei oder mehrere Listen gleichstark, entscheidet das vom Vorsitzenden des Wahlvorstandes zu ziehende Los über die Folge der Mandatzuteilung. Liegen für die Zuteilung eines Mandats die gleichen Höchstzahlen vor, dann erhält die stärkste Liste das Mandat.

(2) Bei Persönlichkeitswahl erfolgt die Zuteilung der Mandate nach der Anzahl der auf die Kandidaten entfallenden Stimmen. Das gleiche gilt im Falle des Nachrückens beim Freiwerden eines Sitzes. Bei Stimmgleichheit entscheidet das vom Vorsitzenden des Wahlvorstandes zu ziehende Los.

(3) Erklärungen, die Wahlbewerber oder Gruppierungen über Wahlbündnisse, Listenverbindungen o.ä. abgegeben haben, werden dabei nicht berücksichtigt. Eine Übertragung oder Delegation von überhängenden Stimmen ist unzulässig.

(4) Wenn die einer Gruppe nach den Bestimmungen des Hessischen Universitätsgesetzes zuzuteilenden Sitze aufgrund des Wahlergebnisses nicht besetzt werden können, bleiben sie für diese Amtszeit dieses Organs unbesetzt; dadurch verringert sich die Gesamtzahl der Mitglieder dieses Organs.

(5) Das Wahlergebnis ist unverzüglich am Schwarzen Brett des Wahlamtes und an anderen Stellen der Hochschule bekanntzumachen, die Vertrauensmänner sind durch das Wahlamt schriftlich zu benachrichtigen.

§ 24

Wahlniederschrift

(1) Über die Verhandlungen des Wahlvorstandes und seine Beschlüsse sowie über die Wahlhandlung und die Tätigkeit evtl. eingesetzter Wahlausschüsse sind Niederschriften zu fertigen. Sie werden jeweils vom Vorsitzenden des Wahlvorstandes bzw. Wahlausschusses und einem Mitglied (Schriftführer) unterzeichnet.

(2) Die Wahlniederschriften sollen insbesondere den Gang der Wahlhandlung aufzeichnen und besondere Vorkommnisse vermerken.

(3) Die Stimmzettel und sonstigen Wahlunterlagen sind von den Wahlhelfern zu bündeln (Stimmzettel je 50 Stck.) und dem Wahlvorstand als Anlage für die Wahlniederschrift zu übergeben.

(4) Die Wahlniederschriften nebst Anlagen mit allen Wahlunterlagen übergibt der Wahlvorstand dem Wahlleiter, der sie mindestens bis zum Beginn der Amtszeit des nachfolgenden Gremiums aufbewahrt. Er trifft aufgrund dieser Unterlagen die ihm nach § 26 Abs. 2 obliegenden Entscheidungen.

§ 25

Wahlprüfung

(1) Wird vom Wahlleiter oder einem Wahlberechtigten geltend gemacht, daß bei der Wahl gegen zwingende Vorschriften der

Gesetze oder dieser Wahlordnung verstoßen sei, tritt der Wahlvorstand in ein Wahlprüfungsverfahren ein. Der Antrag dazu kann nur innerhalb von zehn Arbeitstagen nach der Bekanntmachung des Wahlergebnisses gem. § 23 Abs. 5 gestellt werden.

(2) Eine Anfechtung der Wahl mit der Begründung, daß ein Wahlberechtigter an der Ausübung seines Wahlrechts gehindert gewesen sei, weil er nicht oder nicht mit der richtigen Gruppenzugehörigkeit in das Wählerverzeichnis eingetragen wurde oder daß eine Person an der Wahl teilgenommen habe, die zwar in das Wählerverzeichnis eingetragen, aber nicht wahlberechtigt war, findet nur dann statt, wenn dieser Grund bereits gem. § 11 Abs. 6 geltend gemacht worden ist.

(3) Kommt der Wahlvorstand im Wahlprüfungsverfahren zu der Überzeugung, daß die behaupteten, von dem Antragsteller glaubhaft zu machenden Verstöße oder Formfehler das Ergebnis der Wahl beeinflussen können, ordnet er eine Wiederholungswahl ganz oder für einzelne Gruppen oder für einzelne Stimmbezirke oder für einzelne Gruppen in einzelnen Stimmbezirken an. Die Entscheidung nach Satz 1 trifft der Wahlvorstand mit der Mehrheit seiner Mitglieder. Der Beschluß ist schriftlich zu begründen, mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen und dem Antragsteller zuzustellen (Postzustellungsurkunde).

§ 26

Nachrücken von Wahlbewerbern

(1) Das Ausscheiden, die Beurlaubung oder die Abordnung eines Wahlbewerbers, dem ein Sitz zugeteilt wurde, ist dem Wahlleiter anzuzeigen.

(2) Der Wahlleiter stellt fest, wer anstelle des Ausgeschiedenen nachrückt.

(3) Sind auf einer Vorschlagsliste Bewerber, die nachrücken könnten, nicht mehr vorhanden, bleibt der Sitz für die restliche Amtszeit des Organs unbesetzt. Sind auf diese Weise in einer Gruppe mindestens die Hälfte der Sitze vakant, findet für den Rest der Amtszeit, sofern diese nach Durchführung der Wahl mehr als vier Monate beträgt, eine Neuwahl innerhalb dieser Gruppe statt. Findet in einer Gruppe eine Neuwahl statt, endet die Amtszeit der bisherigen Vertreter vorzeitig.

(4) Ist der Inhaber eines Mandats für längere Zeit beurlaubt oder zu einer anderen Dienststelle abgeordnet, ruht für die Dauer der Beurlaubung oder Abordnung sein Mandat. In diesem Falle rückt der nächste Wahlbewerber aus der Liste des Beurlaubten/ Abgeordneten bzw. der Wahlbewerber mit der höchsten Stimmenzahl, dem bisher noch kein Mandat zugeteilt worden ist, nach. Der Nachrücker verliert sein Mandat, sobald die Beurlaubung/Abordnung endet, bleibt aber weiterhin Wahlbewerber.

II. Wahlen zu den Fachbereichsräten

§ 27

Wahlen zu den Fachbereichsräten

Für die Wahlen zu den Fachbereichsräten gelten die §§ 1 bis 26 entsprechend, sofern nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.

§ 28

Zeitpunkt der Wahlen

(1) Die Wahlen zu den Fachbereichsräten sollen gleichzeitig mit den Wahlen zum Konvent durchgeführt werden.

§ 29

Erklärung über das Wahlrecht

(1) Jeder Wahlberechtigte ist nur in einem und nur in dem gleichen Fachbereich aktiv und passiv wahlberechtigt (HHG §§ 15 Abs. 2, 16 Abs. 2).

(2) Die Entscheidung des Wahlberechtigten, in welchem Fachbereich er sein Wahlrecht ausüben will, kann nur zu Beginn eines neuen Semesters geändert werden (§ 16 Abs. 2 HHG).

(3) Studenten, die Mitglieder mehrerer Fachbereiche sind, können bei der Immatrikulation oder Rückmeldung erklären, in welchem Fachbereich sie ihr Wahlrecht ausüben wollen (§ 16 Abs. 3 HHG).

(4) Das Wahlrecht soll in dem Fachbereich ausgeübt werden, in dem für die Wahlperiode der Schwerpunkt des Studiums liegt. Wird keine Erklärung bis zum Ablauf des Rückmeldetermins abgegeben, bestimmt sich die Wahlberechtigung nach Regelungen, die von dem Ständigen Ausschuß I (Lehr- und Studienangelegenheiten) beschlossen sind (§ 16 Abs. 3 HHG).

§ 30

Festlegung der Zahl der zu Wählenden

(1) Für die Zusammensetzung des Fachbereichsrates gelten die Bestimmungen des § 24 Abs. 2 und 3 HUG.

(2) Der Wahlvorstand entscheidet zugleich mit den nach § 5 Abs. 3 zu beschließenden Regelungen auch darüber, ob der Fachbereichsrat gem. § 24 Abs. 2 oder Abs. 3 HUG gebildet wird. Maßgebend für die Entscheidung ist die Zahl der zu diesem Zeitpunkt dem Fachbereichsrat angehörenden Professoren (Erstmitglieder).

(3) Die Zahl der zu wählenden Kandidaten der Gruppen II bis IV wird vom Wahlvorstand unter Berücksichtigung des Beschlusses nach Abs. 2 aufgrund des § 24 Abs. 2 oder 3 HUG festgelegt.

(4) Gehören einer Gruppe zum Zeitpunkt der Wahl nicht mehr Wahlberechtigte an als Vertreter zu wählen sind, sind diese ohne Wahl Mitglieder des Fachbereichsrates (§ 12 Abs. 1 HHG).

§ 31

Änderungen in der Zusammensetzung des Fachbereichsrates

(1) Ändert sich in einem Fachbereich mit weniger als 16 Professoren nach der Wahl deren Zahl, bestimmt sich die Anzahl der Vertreter der übrigen Gruppen nach § 24 Abs. 2 HUG.

(2) Erhöht sich die Zahl der Professoren eines Fachbereiches während der Amtsperiode auf mehr als 15, bleibt dies ohne Auswirkung auf die Zusammensetzung des Fachbereichsrates.

(3) Verringert sich die Zahl der Professoren eines Fachbereiches während der Amtsperiode auf weniger als 15, gilt für die Zusammensetzung des Fachbereichsrates die in § 24 Abs. 2 HUG festgelegte Parität, wobei gegebenenfalls das einer Gruppe zuletzt zugeteilte Mandat erlischt.

(4) Können nicht alle der Gruppe I - Professoren - zustehenden Sitze zugeteilt und besetzt werden, ist für die Zusammensetzung des Fachbereichsrates § 24 Abs. 2 HUG maßgebend.

(5) Verändert sich die Zahl der Professoren im Fachbereichsrat im Laufe der Amtsperiode durch den Rücktritt eines oder mehrerer Professoren, hat dies keine Auswirkungen auf die übrige Zusammensetzung des Fachbereichsrates.

§. 32

Nachrücken von Wahlbewerbern

(1) Wird das gem. § 24 Abs. 2 HUG vorgesehene Verhältnis der Gruppen im Fachbereichsrat durch das Ausscheiden eines Mitgliedes kraft Amtes geändert, ist die Zusammensetzung des Fachbereichsrates neu zu bestimmen. Wird dabei einer oder mehreren Gruppen ein Sitz entzogen, ruht das Mandat des oder der letzten Vertreter dieser Gruppen, bis die Zahl der Mitglieder kraft Amtes ihre ursprüngliche Höhe erreicht.

(2) Erhöht sich die Zahl der Mitglieder kraft Amtes, rücken die Bewerber aus den Vorschlagslisten der anderen Gruppen nach, die erforderlich sind, um die durch das Universitätsgesetz bestimmte Zusammensetzung des Fachbereichsrates zu erreichen.

(3) Die Feststellungen nach Abs. 1 und Abs. 2 trifft der Dekan. Er kann sich hierzu der Unterstützung des Wahlamtes bedienen.

§ 33

(1) Die durch Wahl zu bestimmenden Mitglieder (die weiteren Mitglieder) der Ständigen Ausschüsse werden für jeden Ausschuß von den Vertretern ihrer Gruppe im Konvent nach den Grundsätzen der Verhältniswahl in einem einheitlichen Verfahren der gleichzeitigen Bildung aller Ausschüsse (Gesamtwahl) gewählt. Dabei üben die in den Konvent gewählten Mitglieder einer Liste jeweils in der Reihenfolge der auf die Liste gemäß dem d'Hondt'schen Höchstzahlverfahren entfallenden Sitze das Recht des Zugriffs auf einen von ihrer Gruppe zu besetzenden Sitz in einem der Ständigen Ausschüsse aus.

(2) Hat ein sonstiger Mitarbeiter in einem Ständigen Ausschuß Stimmrecht nach § 14 Abs. 2 Satz 3 bis 5 HUG, erhöht sich die Zahl der diesem Ausschuß angehörenden Professoren, bis sie über die absolute Mehrheit verfügen (§ 19 Abs. 4 HUG).

(3) Für jedes gewählte Mitglied wird nach den gleichen Grundsätzen in einem besonderen Verfahren im Anschluß an die Wahl der Mitglieder ein Stellvertreter gewählt.

(4) Der Konventsvorstand bestimmt den Zeitpunkt, zu dem diese Wahl durchgeführt wird. Sie soll spätestens in der 2. Sitzung nach der jeweiligen Konventswahl erfolgen. Hierzu lädt er die Mitglieder des Konvents 8 Tage vorher schriftlich ein. Die Wahlunterlagen sollen ihnen spätestens zu Beginn der Sitzung zur Verfügung stehen.

§ 34

(1) Zur Vorbereitung der Sitzung über die Wahl der Mitglieder der Ständigen Ausschüsse teilt der Konventsvorstand den Vertrauensmännern der Listen mit, wieviel Ausschußsitze jeder Liste zustehen und in welcher Reihenfolge das Zugriffsrecht ausgeübt wird.

(2) Ist die Reihenfolge des Zugriffs unklar, weil in einer Gruppe gleiche d'Hondt'sche Höchstzahlen auftreten, so gilt insoweit folgende Regelung:

- a) Treten bei der Zuteilung eines Sitzes für eine Gruppe gleiche Höchstzahlen bei zwei oder mehr Listen auf, so entscheidet das Los über die Reihenfolge des Zugriffs dieser Listen.
- b) Wiederholen sich die gleichen Höchstzahlen für dieselbe Listenkombination, so verschiebt sich die Reihenfolge des Zugriffs zyklisch, d.h. wenn unter a) in der Losreihenfolge 1 - 2 - 3 zugegriffen wurde, wird jetzt in der Folge 2 - 3 - 1 zugegriffen usw.
- c) Treten gleiche Höchstzahlen in anderer Listenkombination auf, beginnt für die neue Kombination das Verfahren unter a) und b).
- d) Die Ziehung der Lose findet spätestens 10 Tage vor dem Wahltermin statt. Die Lose werden von einem Mitglied des Konventsvorstandes in Gegenwart der Vertrauensleute der Listen oder ihrer Beauftragten gezogen. Darüber ist eine von allen Beteiligten unterschriebene Niederschrift zu fertigen, die zu den Wahlakten des Konvents zu nehmen ist.

(3) Sofern die Mitglieder einer Konventsliste nichts anderes bestimmen und dem Konventsvorstand mitteilen, gibt der Vertrauensmann jeder Liste (§ 14 Abs. 9) die Erklärungen über das Zugriffsrecht ab.

(4) Innerhalb einer Gruppe können die Listen untereinander Abweichungen von der Reihenfolge des Zugriffs vereinbaren; der Konventsvorstand ist hiervon zu unterrichten.

§ 35

Die Kandidaten einer Liste für einen Ausschuss werden durch Mehrheitswahl innerhalb der Liste bestimmt. Sie können für mehrere Ausschüsse kandidieren und sollen möglichst Konventsmitglieder sein (§ 19 Abs. 3 HUG).

§ 36

Zugleich mit der Erklärung des Zugriffsrecht für einen Sitz hat die Liste ihren Kandidaten zu benennen.

Wird ein Ausschußsitz während der Amtsperiode frei, ist für den Rest der Amtsperiode ein Nachfolger von der Liste zu benennen, der der Ausgeschiedene angehörte. § 26 Abs. 4 gilt entsprechend.

IV. Wahl zum Senat

§ 38

(1) Die nach § 17 Abs. 1 Nr. 3 bis 6 HUG von den Vertretern der einzelnen Gruppen im Konvent zu wählenden Mitglieder des Senats werden nach den Bestimmungen des § 15 Abs. 1 HUG nach den Grundsätzen der personalisierten Verhältniswahl in unmittelbarer, freier und geheimer Wahl gewählt. Dabei wird die Sitzzuteilung an die Listen nach dem d'Hondt'schen Verfahren vorgenommen, während die Zuteilung des Mandats an die Kandidaten der Liste in der Reihenfolge der erhaltenen Stimmen erfolgt. Liegt für eine Gruppe nur eine Vorschlagsliste vor, wird die Wahl als Persönlichkeitswahl durchgeführt, wobei die Zuteilung der Mandate nach der Reihenfolge der erhaltenen Stimmen vorgenommen wird.

(2) Der Konventsvorstand setzt im Benehmen mit den Vertrauensmännern der Listen den Termin

- a) für die Einreichung der Vorschlagsliste
- b) für die Wahl

fest.

(3) Zur Wahl sind alle Mitglieder des Konvents 8 Tage vorher schriftlich einzuladen.

§ 39

Der Konventsvorstand bereitet die Wahl vor, sorgt für die Herstellung der Stimmzettel, Bereitstellung von Wahlkabinen und Wahlurnen, den ordnungsgemäßen Ablauf der Wahl, stellt das Wahlergebnis fest und nimmt die Sitzzuteilung vor.

§ 40

Beim Ausscheiden eines Senatsmitgliedes gilt § 26 entsprechend.

V. Wahlen zu den Fachbereichsausschüssen

§ 41

Für die Wahlen zu den Fachbereichsausschüssen gelten die Vorschriften der §§ 33 bis 37 entsprechend.

VI. Übergangs- und Schlußbestimmungen

§ 42

Aufgrund des § 79 HHG gehören:
die Dozenten Beamte auf Zeit mitglied-
schaftsrechtlich zur Gruppe I - Professoren-,
die Dozenten Beamte auf Widerruf mitglied-
schaftsrechtlich zur Gruppe II - wissen-
schaftliche Mitarbeiter -.

§ 43

Diese Wahlordnung bedarf der Genehmigung des Hessischen Kultusministers (§ 21 HHG). Sie tritt mit ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger des Landes Hessen in Kraft. Gleichzeitig treten außer Kraft:

- a) die Wahlordnung für die Wahlen zum Konvent und zu den Fachbereichsräten der Technischen Hochschule Darmstadt v. 17.3.1975,
StAnz. 13/1975, S. 578,
- b) die Ordnung für die Wahlen zu den Ständigen Ausschüssen, zum Senat und zu den Fachbereichsausschüssen der Technischen Hochschule Darmstadt v. 14.5.1975,
StAnz. 23/1975, S. 1017.

§ 44

x im Amtsblatt des
Hessischen Kultus-
ministers

Die Wahlordnung tritt mit ihrer Ver-
öffentlichung im ~~Staatsanzeiger des~~
~~Landes Hessen~~ in Kraft. Gleichzeitig
treten außer Kraft:

- a) die Wahlordnung für die Wahlen zum
Konvent und zu den Fachbereichsrä-
ten der Technischen Hochschule Darm-
stadt vom 17. 3. 1975,
(StAnz. 13/1975, S. 578),
- b) die Ordnung für die Wahlen zu den
Ständigen Ausschüssen, zum Senat
und zu den Fachbereichsausschüssen
der Technischen Hochschule Darmstadt
vom 14. 5. 1975,
(StAnz. 23/1975, S. 1017).